

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ment Universel pour la Paix“, (N. U. P.) Schweizer Zweig, Sekretariat Gartenhofstraße 7, Zürich 4 (Prof. Leonhard Ragaz), eine Schrift der Emigrantin Anna Siemsen, „Die Schweiz und das tschechoslowakische Schicksal“, veröffentlicht.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau

Gebaut wird: die Ristenstraße. / Freiwilliger Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht. / Zu der Stützung des Milchpreises. / Vor dem Ende der kommunistischen Partei.

Wir stehen wieder in einer Periode des Baues großer Alpenstraßen. War die Herstellung der Simplonstraße, der Gotthardstraße, der Lukmanierstraße und der Julierstraße in den ersten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts durch das Bedürfnis regeren Verkehrs zwischen Tälern und Ländern bedingt, so wird die Notwendigkeit von Neubauten heute vorab aus militärischen Gründen und Gründen der Arbeitsbeschaffung empfunden. Bereits ist die langerwogene Sustenstraße als Verbindung zwischen dem Berner Oberland und dem Neuchâtel in Angriff genommen worden. Auch das alte Postulat der Pragerstraße soll nun verwirklicht werden, ja man redet bereits von einer Fortsetzung ins Toggenburg und Appenzellerland hinüber. Das Projekt aber, welches die Öffentlichkeit in den vergangenen Monaten und Wochen besonders beschäftigt hat, ist der Bau einer neuen Straßenverbindung zwischen dem Glarnerland und Graubünden. Bezeichnenderweise ist dieser ebenfalls schon lange erwogene Plan gerade jetzt und zwar nach der Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich dringlich geworden, denn man empfindet gerade jetzt das Bedürfnis nach einem zweiten Eingang in Graubünden, da der bisherige eine ganzjährige Weg durch den strategisch gefährdeten Talseffel von Sargans führt. So sehr nun Einigkeit darüber herrscht, daß eine neue Straße gebaut werden müsse, so sehr sind bei der Bestimmung ihres Trassés die Meinungen auseinandergegangen. In Kenntnis der divergierenden Ansichten hat es bereits der Bundesrat in seiner „Botschaft über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ vom 7. Juni 1938 sorgsam vermieden, einen Entscheid vorzuschlagen. Er hat nur darauf hingewiesen, daß eine Panixerstraße oder eine Segnesstraße oder „an deren Stelle eine neue Verbindung von Linthal nach Brigels mit Durchstich unter dem Ristenstöckli“, d. h. eine Ristenstraße in Frage ständen. Das weitere sollte nach allen einschlägigen Gesichtspunkten erst noch überprüft werden.

Am 23. und 24. März 1939 ist nun sowohl im Ständerat als im Nationalrat der Entscheid mit großem Mehr zu Gunsten der Ristenstraße gefallen; für dieses Projekt einer neuen Verbindung aus dem Linthtal ins Vorderrheintal sind aus dem Arbeitsbeschaffungskredit 20 Millionen Franken vorgesehen worden. Wenn man die Gründe, welche zu dieser Schlußnahme führten, kurz zusammenfassen will, sind es wohl folgende: Das Ristentrassé ist die den Interessen der Landesverteidigung am besten entsprechende Route. Sie schafft einen neuen Zugang zum Bündnerland, mündet aber auch zugleich in der Nähe des Gotthardmassivs aus und führt in kürzester Linie zum Lukmanierpaß und damit in den Tessin. Dabei ist sie, solange der stark befestigte Talseffel von Sargans

gehalten werden kann, feindlichen Angriffen entzogen. Die militärischen Sachverständigen haben sich deshalb mehrheitlich für diesen Straßenzug ausgesprochen. Kann man die Ristenstraße aus diesen Erwägungen heraus eigentlich „die militärische Straße“ nennen, so treten bei ihr tatsächlich die wirtschaftlichen Erwägungen stark zurück. Einmal wird man eine Verbindung des „Unterlandes“ mit dem Vorderrheintal bei der geringen wirtschaftlichen Bedeutung jenes Gebietes nicht als wirtschaftliches Bedürfnis werten können. Wirtschaftlich ist die Straße bloß auf weitere Sicht, nämlich in den Augen der Tessiner, welche damit parallel zum Gotthardpaß eine zweite Verbindung mit Zürich erhalten, so daß eine neue kürzere Durchgangsrouten Nord-Süd entsteht, die wegen der vorgesehenen Untertunnelung der höchsten Regionen leichter auch im Winter offen gehalten werden kann. Da indessen der Eingang in den Straßentunnel sehr hoch zu liegen kommen wird, dürfte die Ganzjährigkeit der Verbindung doch etwas fraglich sein. In wirtschaftlicher Beziehung werden also Nutznießer der neuen Route eigentlich nur das Mittelland und der Tessin sein. Graubünden kommt etwas daneben. Gleichwohl entspricht die Ristenstraße den heute maßgebenden eidgenössischen Belangen, welche sich in den militärischen Anforderungen und im Bedürfnis nach einer neuen Nord-Südverbindung ausdrücken. Wenn also Bundesrat Etter im Namen des einstimmigen Bundesrates erklärt hat: „Die neue Straße kann nur gebaut werden unter dem Gesichtspunkt des eidgenössischen Gesamtinteresses“ und dieses Gesamtinteresse für die Ristenstraße in Anspruch genommen hat, so lag wohl darin — so sehr man die Benachteiligung Bündens bedauern mag — eine sehr stichhaltige Überlegung.

Aus verständlichen Gründen ist natürlich die Hauptmacht der Graubündner für eine Straße eingetreten, die sowohl mit Chur als mit Mittelländern und dem Engadin und mit dem Splügen- und Bernhardinpaß die kürzeste Verbindung hergestellt hätte, nämlich für die Segnesstraße, die von Elm nach Flims-Reichenau geführt hätte. 74 gegen 20 Stimmen sprachen sich im Großen Räte noch Mitte März für diese Lösung aus. Auch Glarus hatte sich damit schon befreundet. Die Segnesstraße wäre in erster Linie „die wirtschaftliche Straße“ geworden, welche das Gebiet Bündens neu erschlossen hätte. Sowohl in militärischer Hinsicht als im Hinblick auf den Alpenfernverkehr wäre sie aber an Bedeutung zurückgefallen. Sie wäre auch — da sie beiderseits an ausgebaute Straßen angeschlossen hätte — am billigsten zu stehen gekommen. Immerhin hätte man wohl mit einer sehr langen winterlichen Sperrdauer rechnen müssen in Anbetracht des Umstandes, daß die Untertunnelung erst auf 2300 Metern begonnen hätte. Indem nun der Entscheid zu Ungunsten des Segnesprojektes gefallen ist — in einem Zwischenstadium, als die ständerätliche Kommission die 20 Millionen des Bundesrates für die Ristenstraße zu streichen beschloß, bestand Aussicht auf sein Zustandekommen —, hat die Churer Befürchtung des „Umfahrenwerdens“ mit der Ausführung der Ristenstraße in an sich bedauerlicher Weise praktische Gestalt angenommen. Der Großteil Bündens wird nun tatsächlich von der neuen Straßenverbindung nicht viel zu spüren bekommen. Die erfahrene Bündner Politik ist hieran nicht unschuldig. Sie verlangte zuerst eine Bahnverbindung Reufltal-Vorderrheintal mit Bajistunnel, und mit Bezug auf den Durchstich aus dem Glarnerland soll laut der „N. Z. Z.“ bei den „Deputats“ die Devise umgegangen sein: „Lieber nichts als den Risten!“ So schaltete sich die Bündner Politik bei der Entscheidung eigentlich selber aus.

Bei der ganzen Diskussion, die nach einer Feststellung der „N. Z. Z.“ „in das gefährliche Stadium leidenschaftlicher und bedauerlich uneidgenössischer Versteifung eingetreten“ war — auch die Tessiner hatten sich unnötigerweise aufgeregt —, ist das Projekt der Panixerstraße schon frühzeitig außer Abschied und Traktanden gefallen. Das eventuelle Interesse der Glarner daran stieß eben weder bei den Bündnern noch bei den Tessinern auf ein Gegeninteresse. Auch

die militärischen Organe konnten sich nicht dafür erwärmen. So wurde die vermittelnde Lösung der Panixerstraße aufgegeben, trotzdem sie die Vorteile der Billigkeit — die Kosten hätten nur 14 Millionen betragen — und der leichten Offenhaltung im Winter für sich gehabt hätte.

* * *

Das Arbeitsdienstproblem gibt uns nach wie vor zu schaffen. Als seinerzeit im Jahre 1920 der mit einem idealen Gedankenflug begabte Nationalrat Waldbogel für die gesamte Schweizerjugend eine sechsmonatige Arbeitsdienstpflicht postulierte, war das Erstaunen der Öffentlichkeit größer als das Verstehen. Inzwischen haben sich jedoch die Verhältnisse so grundlegend geändert, daß eigentlich niemand mehr an der Notwendigkeit eines Arbeitsdienstes zweifelt. Fraglich ist nur die Art der Durchführung: ob freiwillig wie bis anhin oder obligatorisch wie gefordert, ob lediglich als Arbeitsgemeinschaft oder als Arbeits- und Bildungsgemeinschaft, ob nur unter Zusammenfassung von Jugendlichen oder auch von älteren Leuten, ob nur für Arbeitslose oder auch für andere Personen. Eine wertvolle Aussprache hierüber hat letztes Jahr auf Einladung der „Schweizerischen Zentralstelle für freiwilligen Arbeitsdienst“ stattgefunden, und das Resultat war ein klares Festhalten an der Freiwilligkeit im Sinne der bisherigen Arbeitslager als Arbeits- und Bildungsstätten.

Nichtsdestoweniger kommt das Postulat der Arbeitsdienstpflicht nicht zur Ruhe, denn es liegt in der allgemeinen Tendenz unserer Zeit, den jungen Menschen für eine bestimmte Haltung zwangsweise zu formen. Weit entfernt davon, daß dieser Gedanke etwa nur die modernen nationalsozialistischen Weltanschauungen bewege oder nur in den sozialistischen Zirkeln Fuß gefaßt habe! Im Gegenteil lesen wir auch in der freisinnigen „Politischen Rundschau“ (von J. Hoffstetter in Nr. 12. 1938) eine klare Verfechtung des Obligatoriums mit den Worten: „Eine Arbeitsdienstpflicht für die gesamte männliche Jugend wäre geeignet, drei Forderungen auf einmal zum Durchbruch zu verhelfen: dem obligatorischen staatsbürgerlichen Unterricht, dem obligatorischen militärischen Vorunterricht und zu einem Teil der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Drei Fliegen auf einen Schlag also! Was bleibt aber da übrig vom grundlegenden Gedanken des Arbeitsdienstes, wie er zuerst in den studentischen Arbeitskolonien — ab 1925 — seinen Ausdruck gefunden hat? Nicht mehr viel!

Greifen wir auf das sehr interessante Heft der „Schweizerischen Hochschulzeitung“ über „Studentische Arbeitskolonien“ (Juni 1937) zurück, so finden wir im Vordergrund das Streben, „den Gedanken der freiwilligen Arbeitsleistung als Hilfe für notleidende Volksgenossen in die Tat umzusetzen“ (S. 73 f.). Gleichzeitig wird der junge Bürger durch die Arbeits- und Lagergemeinschaft „zum Staatsbürger im besten Sinne erzogen“. Man sieht, daß der Ton hier vorab liegt auf den Worten: Arbeit und Gemeinschaft, aus denen sowohl ein Dienst am Volke als auch die staatsbürgerliche Erziehung wie von selbst hervormachsen soll. Erst später sind dann noch die Momente der Freizeitbeschäftigung und der Weiterbildung hinzu gekommen, offenbar weil Arbeit und Gemeinschaft allein den Anforderungen nicht genügten. Von der studentischen Arbeitskolonie ist die Entwicklung dann 1932 zum Freiwilligen Arbeitsdienst für Jugendliche überhaupt, insbesondere Arbeitslose, fortgeschritten. Was also die Studenten zu Stande gebracht hatten, das sollten fortan auch irgend welche andere junge Leute bewerkstelligen. Aber die Arbeit wurde zu Gunsten der beruflichen Fortbildung und der belehrenden oder spielenden Freizeitbeschäftigung sichtbar zurückerdrängt. Bei 8 Stunden täglicher Arbeitszeit im F. A. D. können z. B. zwei Stunden für die berufliche Fortbildung verwendet werden. In der gleichen Richtung liegt nun die in der „Politischen Rundschau“ angestrebte Verkopplung des Arbeitsdienstes mit der staatsbürgerlichen Erziehung, mit dem militärischen Vorunterricht und mit der Be-

kämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Tendenz geht offensichtlich dahin, aus der Institution mit dem Zentralgedanken der manuellen Arbeit als eines Dienstes eine staatsbürgerliche Erziehungsanstalt zu machen, in welcher die Arbeit und der Dienst am Volke zurücktreten hinter die Gedanken der Erziehung und der Bildung. Und der Dienst wird dadurch nicht mehr als Hilfe, sondern lediglich als eine Pflicht erscheinen. Ohne Zweifel wird also — wenn es so weiter geht — der Arbeitsdienst in strenge Formen gegossen, welche mehr den Eindruck einer Schule als eines Arbeitserlebnisses hinterlassen. Ganz abgesehen davon, daß es praktisch unmöglich ist, mit dem Arbeitsdienst auch noch den staatsbürgerlichen Unterricht und den militärischen Vorunterricht zu verbinden, sollte kein Mittel unversucht bleiben, um einer solchen Entartung zu begegnen.

Einem soeben erschienenen Aufrufe ist zu entnehmen, daß der Freiwillige Arbeitsdienst — einen obligatorischen besitzen wir ja bekanntlich nicht — seit dem Jahre 1933 412 Lager für jugendliche Arbeitslose mit rund 19 000 Teilnehmern sowie 99 Lager für ältere Arbeitslose mit 5200 Teilnehmern durchgeführt habe. Der genannte Aufruf schildert die Erfolge als gut. Bleibende Werte aus eidgenössischem Brudersinn seien geschaffen worden, und den Arbeitslosen habe der Dienst nicht nur Hoffnung und Freude an der Arbeit, sondern auch Berufsstellen vermittelt. Die Urteile lauten indessen nicht durchwegs so günstig. So hat der Referent eines Diskussionsabends der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Zürich, Dr. Wolfer, festgestellt: „Die Besetzung der Lager war nie gut und ist heute ausgesprochen schlecht“. Ferner bemerkte er eine Wesensänderung der Institutionen: „Der Freiwillige Arbeitsdienst ist heute nicht mehr ein Ehrendienst am Volke, sondern eine Fürsorgeeinrichtung für die Teilnehmer“. Oder im Zürcher Kantonsrat wurde letzten Herbst allen Ernstes von der Aufhebung der Lager für ältere Arbeitslose geredet, da deren Arbeit teurer zu stehen kommen als im freien Wettbewerb. Unseres Erachtens können sich die Verhältnisse nur dann wieder bessern, wenn der Arbeitsdienst eine Sache der absoluten Freiwilligkeit bleibt, wenn also weder von Arbeitsämtern noch von Armenpflegen ein Zwang auf die Teilnahme ausgeübt wird. Mit Recht hat E. Luz in seinem jeden Zwang ablehnenden Aufsatz über „Die Zukunft des Arbeitsdienstes“ in erster Linie gefordert, es sei „eine neue Einstellung zur Arbeit, ein neues Arbeitsethos“ zu schaffen.

* * *

Der Milchpreis, wenigstens der Grundpreis, welchen die Bauern für ihre Milch erhalten, wird prinzipiell bestimmt vom „Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten“. Dieser Verband nimmt Milch und Käse ab und verkauft sie weiter einerseits an die Milchhändler und andererseits an die „Käseunion“, d. h. an die Käsehandelsorganisation. Er garantiert den Erzeugern einen Mindestpreis. Nun haben jedoch die Bauern schon seit Jahren erklärt, mit dem Preise, den der Verband zahlen konnte, nicht auskommen zu können. Sie gelangten deshalb an den Bund, damit er den Milchpreis stütze, beziehungsweise damit er so viel Geld in den Garantiefonds zuschieße, daß der Liter abgelieferte Milch mit einem gewissen Mindestbetrag vergütet werden könne. Bis zum 1. September 1938 z. B. wurde so mit Unterstützung des Bundes ein Minimalpreis von 20 Rappen garantiert und bezahlt. Von da an ermöglichte die Handreichung des Bundes nur noch einen Preis von 19 Rappen. Auf diesem Punkte stehen wir heute.

In der letzten Septembersession hat dann die Bundesversammlung folgende Motion aus der Mitte des sog. „Landwirtschaftlichen Klubs“ gutgeheißen: „Der Bundesrat wird beauftragt, unverzüglich Vorbereitungen zu treffen, daß der Produzentenpreis der Milch wieder auf 20 Rappen erhöht werde, und mit Beschleunigung den eidgenössischen Räten darüber Antrag zu stellen, wie er auf dieser Höhe erhalten werden kann.“ Mit anderen Worten

war das ein Antrag auf Erhöhung der Bundessubvention an die milchwirtschaftenden Bauern, auf eine stärkere Milchpreisstützung. In seiner „Botschaft über eine weitere Fortsetzung der besonderen Bundeshilfe für die Landwirtschaft“ vom 24. Februar 1939 errechnete der Bundesrat die für die Erreichung des angestrebten Zieles notwendigen Mittel auf 26 Millionen Franken. Die gleiche Bundesversammlung nun, die damit einverstanden war, daß in der Übergangsordnung der Bundesfinanzen für die Jahre 1939 bis 1941 nur je 10 Millionen Franken für Milchpreisstützung vorgesehen wurden, hat nun im März 1939 bemerkenswerterweise wider den Willen des Bundesrates auch diese 26 Millionen bewilligt. Den Ausschlag gaben die Bauern und die Katholisch-Konservativen, während die Radikalen und die Sozialisten den bundesrätlichen Antrag auf Gewährung von nur 12 Millionen resp. Belassung des Grundpreises auf 19 Rappen verfolgten. Ja, diese Angelegenheit wäre noch ganz bereinigt worden, wenn nicht der Radschuh der Zweidrittelmehrheit für Dringlichkeitsbeschlüsse die Fahrt „ins Blaue“ gehemmt hätte.

Man muß sich in dieser Milchpreisstützungs-Frage über zwei Dinge wundern: über die Bequemlichkeit der Bauern und über die leichtsinnige Fortsetzung der Subventionenpolitik. Die Leser werden mich der Pflicht entheben, über das Subventionenwesen neue Worte zu machen; die Bundesversammlung scheint hierin unverbesserlich zu sein. Dagegen soll die Rede sein von der Haltung der Bauern. Seit Jahren wird bekanntlich Milch im Überfluß produziert, ja, das letzte Jahr hat noch eine ganz besondere Steigerung der Erzeugung gebracht. Gegenüber 1918 beträgt die Zunahme seit 1928 etwa 40 %. Gleichzeitig ist aber die Ausfuhr von Milch und Milchzeugnissen äußerst stark — gegenüber 1931 um etwa 70 % — zurückgegangen. Das alles konnte sich natürlich nicht vollziehen ohne einen Rückgang des Ackerbaues — von 160 000 auf 120 000 Hektaren —, ohne eine starke Einfuhr von fremden Futtermitteln — die Zunahme im Laufe der letzten 25 Jahre beträgt 10 000 Wagen — und ohne eine wesentliche Vermehrung des Rindviehbestandes — innerst zwei Jahren über 130 000 Haupt. Unter diesen Umständen ließ sich natürlich auch ein Überangebot von Milch mit Tendenz zur Preisvertiefung und eine Senkung der Fleischpreise nicht vermeiden. Gleichzeitig machte sich das Bedürfnis nach einer großen Getreideeinfuhr bemerkbar. Alles in allem zusammengekommen läßt sich die landwirtschaftliche Lage jetzt derart charakterisieren: Zu viel Milch — Unmöglichkeit, einen rechten Milchpreis zu halten; zu wenig Ackerbau — Unmöglichkeit einer auch nur einigermaßen rechten Selbstversorgung. Anstatt nun alles zu tun, um beizeiten die nichtrentierenden Milchbetriebe auf vermehrten Ackerbau umzugestalten, anstatt sich auf die weichende Milchpreisstützung einzustellen, anstatt Maßnahmen zu treffen gegen eine weitere Erhöhung der Milchproduktion im Falle der Bezahlung von 20 Rappen Grundpreis, haben es sich die Milchproduzenten leicht gemacht und wollen einfach die sehr ergiebige Bundeskuh weiter melken. Das ist natürlich viel bequemer als eine Umkehr von der falschen Fährte, auf der sich unsere Landwirtschaft befindet.

Aber diesmal scheint es wirklich hart auf hart zu gehen. Schon die bundesrätliche Botschaft ist in einem sehr bestimmten Tone gehalten. „Bis hierher und nicht weiter!“ Der Bundesrat erwähnt, er habe schon früher „mit allem Nachdruck auf die Angleichung der landwirtschaftlichen Produktion nach Menge und Güte an die Aufnahmefähigkeit des Marktes unter tunlichster Berücksichtigung des Selbsthilfsgedankens hingewiesen“. Bei freier Produktion sei die gewünschte Abjaß- und Preissicherung „ein wirtschaftliches Fehlerexperiment“. Der Bundesrat müsse sich an den Übergangsfinanzplan halten. Es bestände bei einem Preisausschlag auf 20 Rappen „die Gefahr, daß der Produktionsanreiz noch in vermehrtem Maße in der unerwünschten Richtung erfolge.“ Das Ziel der künftigen Orien-

tierung müsse aber „in der Abkehr von der Einseitigkeit und in der Überleitung zum vermehrten Ackerbau liegen.“ Dazu kam dann noch die sehr deutliche Rede von Bundesrat O b r e c h t im Ständerat, in der ausdrücklich gesagt wurde, die Milchpreissubventionen dürften „keine ewige Einrichtung“ werden. Es ist auch zu erwarten, daß dieser Magistrat, der „mütterlicherseits und väterlicherseits den Stierenkopf im Wappen führt“, seine im Gesamtinteresse liegende Position weiterhin mit Glan verfechten wird. Allmählich scheint aber die Vernunft auch auf der Bauernseite durchzudringen. Zwar zunächst noch nicht beim Schweizerischen Bauernverband, der in einer Erklärung seinen und des „Zentralverbandes“ Standpunkt aufrecht erhält, jedoch hinsichtlich seiner angeblichen Umstellung auf den Ackerbau — begreiflicherweise — noch auf die Darstellung seiner „Erfolge“ verzichtet. Dagegen weiter außen im Bauernvolk beginnt es schon anders zu tönen. Da hat im „Schweizerischen Zentralblatt für Milchwirtschaft“ ein Bauer geschrieben: „Und dann muß man es bekennen, an der ewigen Milchpreisstützung ist schon etwas Bettelei, mehr oder weniger Canossagang, der dem Ehrgefühl vieler Bauern nicht entspricht“, und weiter: „Das Milchproblem läßt sich überhaupt nur mit einer Einschränkung der Milchproduktion lösen“. Selbst der Bauernführer Dr. A b t meint in der „Aargauischen Bauern- und Bürger-Zeitung“, die Annahme der 26 Millionen aus der allgemeinen Bundeskasse sei „eine Fehlösung, die sich bitter rächen wird“.

* * *

Es gibt in der Schweiz heute eigentlich nur noch zwei kommunistische Zentren, nämlich die Städte Basel und Zürich. Anderswo haben die Kommunisten überall abgewirtschaftet. Selbst in Zürich aber beginnen sich ihre Reihen zu lichten, denn bei den jüngsten Kantonsratswahlen verlor die Partei mit der Hälfte ihrer Stimmenzahl auch die Hälfte ihrer bisherigen vier Mandate. Daß die Kommunisten von einiger Bedeutung seien, kann man eigentlich nur noch in Basel sagen, wo sich immerhin noch 4000 Stimmberechtigte zu ihnen bekennen. Das Leben wird ihnen aber in Basel so gut wie anderwärts nicht leicht gemacht. Ende November des vergangenen Jahres hat sich nämlich die Basler Bürgererschaft für den Ausschluß der Kommunisten aus den öffentlichen Stellungen entschieden. Auch in Zürich liegen Verbotsinitiativen in der Regierungsküche, die dem Volke zum Genusse gereicht werden sollen. Ist es auch in diesen beiden Ständen noch nicht zu einer allgemeinen Austreibung der Lenins- und Stalinsanbeter gekommen, so haben immerhin die Stände der Urschweiz und des Westschlandes mit ihnen eindeutig „kragab“ gemacht. Daß Kommunisten auch im Bundesdienst schon lange nicht mehr geduldet werden, dürfte ebenfalls bekannt sein. Nichtsdestoweniger macht ihre Partei immer noch verhältnismäßig viel von sich reden. Sie beruft laute Versammlungen ein, sie hat z. B. einen feierlichen Empfang der „Spanienkämpfer“ arrangiert, und sie hat insbesondere neben ihren parlamentarischen Vertretern noch ihr eigenes Sprachrohr in der Zeitung „Freiheit“. Als Sektion der Kommunistischen Internationale besitzt sie also doch immer noch allerhand Mittel, um bolschewistischen Geist zu verbreiten und die Geschäfte der russischen Weltrevolution zu besorgen.

Es bekommt der Kommunistischen Partei indessen schlecht, daß sie sich beharrlich weigert, die politischen Speisen unseres Landes zu genießen. So geht es ihr jetzt wie dem „Suppentaspar“ im „Strubbelpeter“, der zusehends abmagerte, weil er die Suppe nicht essen wollte. Bereits kann man sie so abgemagert sehen, wie es der trogige Kaspar „am vierten Tage“ war, wo er „nur noch ein halbes Lot“ wog, und man sieht bereits auch schon den „fünften Tag“ nahen, wo sich über der Partei wie über dem toten Kaspar ein Grabhügel wölbt — nur mit dem Unterschied, daß diesem natürlich Sichel und Hammer aufgesteckt werden anstatt des Kreuzes, welches auf dem Grabe „Suppentaspars“ ragte.

Am gegenwärtigen „vierten Tage“ haben nun — veranlaßt durch den Basler Ausschluß der Kommunisten aus den Staatsbetrieben — die Kommunisten versucht, eine Fusion ihrer absterbenden Partei mit der Sozialdemokratischen Partei zu bewerkstelligen. Unter der Devise „die einheitliche Arbeiterpartei unter allen Umständen herzustellen“, riefen sie den ganzen Winter hindurch tagtäglich zur Verschmelzung, natürlich in der Meinung, auf diese Weise sich selbst und ihr Gedankengut in die Zukunft hinüberretten zu können. Aber die Antwort von den sozialistischen Brüdern klang nicht freundlich. Das „Volksrecht“ sagte es frank und frei heraus, daß die Einheit der Arbeiterschaft in erster Linie gehe „über die Liquidation der kommunistischen Partei der Schweiz und aller ihrer Sektionen und Nebenorganisationen“. Zugleich wurde der individuelle Übertritt der Kommunisten, also die gänzliche Auflösung der K. P., verlangt unter Hinweis auf die neuen Beschlüsse des Parteiausschusses über die Aufnahme ehemaliger Kommunisten, wonach kein Gesuchsteller in die S. P. aufgenommen werden darf, wenn er „noch Mitglied der K. P. ist oder sonstige Bindungen mit irgendeiner kommunistischen Organisation unterhält“ — und wonach der Gesuchsteller ferner erklären muß, die Grundsätze der S. P. anzuerkennen und keinerlei kommunistische Zellenbildung zu betätigen. In gleicher Weise äußerte sich am 16. März 1939 auch die Basler Sozialistische Partei. Da die Kommunisten daraufhin mit den Sozialisten hinsichtlich des maßgebenden sozialistischen Programms — Richtung Grimm oder Richtung Nicole? — ins Gespräch kommen und doch eine Verschmelzung zustande bringen wollten, wurde die Diskussion sozialistischerseits als geschlossen erklärt. Es wird der kommunistischen Partei also — die Sozialisten haben an ihrem Parteitag in Lausanne harte Haltung gezeigt — nichts anderes übrig bleiben, als nach dem „vierten Tag“ auch noch den „fünften Tag“ zu erleben: den Tag, an dem der Suppentaspar „tot“ war.

Bülach, den 28. April 1939.

Walter Hildebrandt.

Londoner Brief.

Der Ausbau der „Friedensfront“. / Danzig.

Unter allen schwerwiegenden Ereignissen des nun zu Ende gegangenen Monats April ist für den Engländer die Einführung der Wehrpflicht die gewichtigste Maßnahme: sie bedeutet ein großes, nur schweren Herzens gebrachtes Opfer, das England für die Festigung der schnell aufgerichteten Friedensfront darbringt. „Die Wehrpflicht ist dem Geist und der Überlieferung Großbritanniens fremd; der Platz, den sie im Leben Frankreichs und der Schweiz, Hollands und Dänemarks einnimmt, zeigt jedoch, daß sie nicht undemokratisch ist. Glücklich das Land, das sie vermeiden kann: ihre Einführung heute kann aber den Ausschlag bei der Frage Krieg oder Frieden bringen.“ Diese englische Stimme — sie ist dem „Spectator“ entnommen — dürfte die auf dem Festland oft nicht verstandene Abneigung des Engländers gegenüber dieser Zwangsmaßnahme treffend wiedergeben. Zugleich aber nennt sie den Grund, aus dem trotz allem das Opfer gebracht wurde: nichts, auch nicht die liebste Gewohnheit und vertrauteste Überlieferung, darf dem großen Ziel entgegenstehen: der Erhaltung des Friedens. Großbritannien hat am 31. März den Polen bewaffnete Hilfe für den verhängnisvollen Fall eines Angriffs versprochen, es hat am 13. März Rumänien und Griechenland eine entsprechende Doppelzusage erteilt. Die Einführung der Wehrpflicht soll noch einmal äußerlich bekräftigen, daß es die Mittel zur Erfüllung dieser Versprechen bereit stellt.

Wer die jedem Engländer angeborene Abneigung gegen alle Art Zwang kennt, konnte sich nicht über die Ablehnung wundern, die das am 26. April angekündigte Wehrgesetz bei der Arbeiter- und der liberalen Oppositionspartei fand. Diese Ablehnung wird sich jedoch bei der eigentlichen Durchführung des neuen Wehrzwanges nicht auswirken. Bei der Abstimmung am 28. April stimmte zwar die Arbeiterpartei gemäß dem Wunsch der Gewerkschaften gegen den Vorschlag, die Oppositionsliberalen jedoch spalteten sich: sieben stimmten dagegen (entsprechend der von Sir Archibald Sinclair eingenommenen Haltung), sieben, darunter Lloyd George, nahmen den Zwang als einen Beitrag für die neue Friedensfront an. Es sind Stimmen laut geworden, die von der englischen Wehrpflicht geringschätzig sprechen: soweit dies aus Kreisen kommt, bei denen der Wunsch der Vater des Gedankens ist, kann man damit rechnen, daß die soldatischen Fachkenner dem widersprechen werden. Gewiß, Großbritannien hat nur einen Jahrgang einberufen: er wird ein halbes Jahr im regulären Heer dienen, das zur Zeit eine tatsächliche Stärke von 204 000 Mann hat und in seiner Ausbildung am besten mit der früheren deutschen Reichswehr verglichen werden kann; wie diese setzt es sich aus *Berufs-soldaten* zusammen, deren Ausbildungsstand auf der Höhe des früher von der Reichswehr gehaltenen Stands einer Auslesetruppe steht. Zu dieser zweimal hunderttausend-*Truppe* treten nun also genau so viele *Rekruten* des Jahrgangs 1919 hinzu. Nach der halbjährigen Ausbildung sind sie auf weitere dreiundeinhalb Jahre zu regelmäßigen Übungen verpflichtet, und zwar werden sie jährlich 30 sogenannte „Drills“ und zwei Wochen Lager bei den Territorials mitmachen. Dies zeigt am besten die tatsächliche Bedeutung der Maßnahme. Hinzu kommt, daß es später natürlich, falls dies erforderlich werden sollte, möglich ist, durch einfache Zusatzgesetze weitere Jahrgänge einzuziehen: die Vermeidung einer noch weitergehenden Maßnahme im Augenblick erklärt sich einfach daraus, daß eben der Zwang an sich als unenglich empfunden wird — vergessen wir nicht, daß Sir John Simon, der heutige Schatzkanzler, mitten im Weltkrieg wegen der Einführung der Wehrpflicht zurücktrat! Hinzu kommt, daß der Zustrom der Freiwilligen zum Heer unverändert anhält, ja noch wächst: er betrug im April je Tag nie weniger als 2000 Mann. Es ist, rein technisch, für England im Augenblick unmöglich, eine noch größere Zahl von Rekruten auszubilden. Das Freiwilligenheer Englands — die Territorials — wird in diesem Sommer die Ziffer von 450 000 erreichen, sodaß Großbritannien dann über eine Gesamtstreitmacht von über einer Million ausgebildeter Truppen verfügt, die sofort einsatzbereit sind. Über die Güte des englischen Heeres im Weltkrieg sind sich Freund wie Feind einig: durch die Maßnahmen wird jenseits jeden Zweifels festgestellt, daß schon im Augenblick eines plötzlichen Kriegsausbruchs britische Truppen in genügender Zahl bereit stehen. Im Weltkrieg standen nur wenige Divisionen des regulären Heeres unmittelbar zur Verfügung — die Territorials folgten erst ganze sechs Monate später!

Zugleich ermöglicht das neue Heeresgesetz eine bessere Verteidigung in der *Abwehr*: wie in unserem letzten Londoner Brief dargestellt, fällt die Heimatverteidigung — Küsten- und Fliegerbeschuss — dem Freiwilligenheer der Territorials zu. Von nun an werden die Flugabwehrbatterien aber ständig besetzt sein. Während der dem territorialen Heer angehörige Freiwillige seinem bürgerlichen Beruf nachgeht, nehmen reguläre Truppen seinen Platz ein und halten ihn auch zu Beginn einer Krise, bis das territoriale Heer mobil gemacht ist.

Der Entschluß zur Einführung der Dienstpflicht kam für die Öffentlichkeit überraschend, obwohl sie, wie als sicher angenommen werden darf, in den Gesprächen mit dem polnischen und dem rumänischen Außenminister während ihres Besuchs in London behandelt worden sein dürfte. Ausschlaggebend waren, nach Chamberlains klarer Darstellung, die Besorgnisse Frankreichs und anderer festlän-

bischer Staaten; sie zweifelten zwar nicht die Ernsthaftigkeit des britischen Hilfsversprechens an, waren jedoch durch die deutschen Stimmen beunruhigt: „Der blutige Scherz, daß Großbritannien bis zum letzten Franzosen zu kämpfen bereit sei, wurde von Hauptstadt zu Hauptstadt ausgeboten. Es wurde uns klarer und klarer, daß diese Zweifel den Erfolg unserer ganzen Anstrengung, eine feste Front gegen den Gedanken einer Gewaltherrschaft aufzurichten, aufs Spiel setzten.“ Deshalb, so sagte Chamberlain, habe er zur Dienstpflicht übergehen und eine der besonders geschätzten Überlieferungen Englands zeitweilig aufgeben müssen. Einem festländischen Zuschauer kann gar nicht oft genug gesagt werden, daß es im britischen Wortschatz Ausdrücke wie „Ehrendienst im bunten Rock“ oder „Ehrenpflicht zum Waffendienst“ einfach nicht gibt: Großbritanniens Jugend hat der Krone stets freiwillig Soldaten zur Verfügung gestellt. Nie jedoch hat sie dem Staat das Recht auf Zwang zuerkannt. Dies liegt tief im britischen Freiheitsbegriff begründet, für den, noch immer, das Glück der Persönlichkeit den höchsten Wert im Leben darstellt.

* * *

Ganz im Schatten der Rüstung steht auch der gewaltige Haushalt, den der Schatzkanzler, Sir John Simon, am 25. April vorlegte: der Traum der Sozialisten von ehemals, die sich Wunder von einem Tausend-Millionen-Haushalt versprochen, ist damit längst überflügelt. Die Ausgaben betragen nicht weniger als 1 322 000 000 Pfund Sterling. Dies wurde ohne eine Erhöhung der Einkommensteuer ermöglicht, ja es sind nur unbedeutende Steuererhöhungen nötig gewesen. Der Löwenanteil der Ausgaben fällt naturgemäß auf die Rüstungen zu Land, zur See und in der Luft. Kritik wurde kaum laut, ja der Haushalt scheint von der Öffentlichkeit fast vergessen zu sein, bevor er noch im Unterhaus verabschiedet wurde. Bisher hat Sir John Simon nicht gesagt, ob er noch dem Gedanken treu geblieben ist, alle wiederkehrenden Ausgaben, auch der Rüstung, durch Steuern und nur die außergewöhnlichen Ausgaben durch die aufgenommenen Anleihen zu decken. Aufklärung hierüber werden wohl die nächsten Wochen bringen.

* * *

Die Dienstpflicht wurde so schnell eingeführt, um nicht den Anschein zu erwecken, ob sie eine Folge der Rede des deutschen Reichskanzlers darstelle. Um Berlin hiervon zu unterrichten, wurde der britische Botschafter überstürzt am 23. April nach Berlin zurückgesandt. Der deutsche Außenminister empfing ihn jedoch nicht, sodaß die Mitteilung nur dem Staatssekretär gegenüber abgegeben werden konnte. Da Herr von Ribbentrop Zeit fand, den finnischen Unterrichtsminister, der deutsche Schulen besichtigte, dagegen nicht Sir Neville Henderson zu empfangen, hat dies in Londoner Kreisen als beabsichtigte Kränkung gewirkt und es wird davon gesprochen, daß Henderson nur noch kurze Zeit in Berlin bleibt, dann anderwärts verwendet werden soll. Auch hier ist die öffentliche Meinung der Regierung voraus — dies scheint eines der Hauptkennzeichen der britischen Politik seit München zu sein: jeweils wird der Regierung zögernde und schwächliche Haltung gegenüber Deutschland und, wenn auch mit Einschränkungen, gegenüber Italien vorgeworfen. Chamberlain braucht in vielen Einzelfragen längere Überlegungszeit als die Öffentlichkeit, die mit ihren Forderungen und Urteilen schneller zur Hand zu sein scheint. Selbst Kleinigkeiten, wie die Zusendung eines Glückwunsches zum Geburtstag des deutschen Reichskanzlers aus England, während weder Lebrun noch Roosevelt aus diesem Anlaß drahteten, werden von der britischen Öffentlichkeit bemerkt und kritisch beurteilt: soweit Neville Chamberlain, so kann man zusammenfassend sagen, überhaupt Widerstand im eignen Land antrifft, handelt es sich um den Vorwurf zu großer Nachgiebigkeit, zu großen Entgegenkommens. Seit langem hat die Öffentlichkeit, um ein weiteres

Beispiel zu nennen, ein besonderes Ministerium für die Verteilung der Rüstungsaufträge, also ein „Munitionsministerium“, wie es Lloyd George in Weltkrieg zeitweise leitete, gefordert: jetzt endlich hat Neville Chamberlain diesem dringenden Wunsch nachgegeben und ein „Ministry of Supply“ eingerichtet. Jedermann erwartete, daß er damit Winston Churchill beauftragen würde: statt dessen wählte er den als guten Organisator bewährten Verkehrsminister Dr. Leslie Burgin. Seitdem nimmt man in Londoner Kreisen an, daß Churchill für einen wirklich politisch bedeutsamen Posten vorgesehen ist — das „Ministry of Supply“ beschränkt sich ausschließlich auf die technisch-organisatorischen Fragen der Lieferungen für das Heer. Wahrscheinlich wird der seit vielen Monaten von England abwesende „Lord President of the Council“, Lord Runciman, seinen Kabinettsitz zur Verfügung stellen, sodaß Winston Churchill in die Regierung eintreten und seine Arbeitskraft allgemein politischen Fragen widmen kann. Auch die Stellung Anthony Edens ist noch ungeklärt: seine Rückkehr in die Regierung ist oft vorausgesagt worden, und es steht fest, daß sehr einflußreiche Kabinettsmitglieder sich dafür einsetzen. Eden, der erst 42 ist, kann offensichtlich warten und sich für den Fall einer wirklich ernststen Krise aufsparen: er ist noch immer der Mann, der in allen Parteien die weiteste Gefolgschaft hat und als ein starker Anwärter auf das Amt des Erstministers einer breiten Einheitsregierung der Zukunft gelten muß.

* * *

Die außergewöhnliche Schnelligkeit, mit der die britische Diplomatie seit dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Tschechoslowakei gearbeitet hat, führte im April zu einer endgültigen gegenseitigen Hilfszusage zwischen Großbritannien und Polen, zu einem einseitig britischen und französischen Hilfsversprechen an Rumänien und Griechenland und zu einer im Grundsätzlichen wohl abgeschlossenen Annäherung zwischen Großbritannien und Rußland, Großbritannien und der Türkei, sowie zwischen der Türkei und Rumänien und zwischen Rumänien und Polen. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die Angliederung Albaniens an Italien am Karfreitag, dem 7. April. Sobald die Lage zwischen Rußland einerseits, der Türkei, Rumänien und Polen andererseits geklärt ist, wird die Front dieser Staaten in endgültigen Verträgen ihrem gemeinsamen Willen Ausdruck geben: erfolgt ein Angriff auf einen dieser Staaten, so werden die andern mit ihrer gesamten Streitmacht bewaffnete Hilfe leisten. Erfolgt kein Angriff, so kommt das gegenseitige Hilfsversprechen natürlich nie zur Anwendung — und dies ist in der Tat die Hoffnung aller Völker und Staatsmänner aller Länder Europas.

Das britische Verhältnis zu Griechenland erwies sich während der albanischen Krise als äußerst eng: eine Besetzung Korfuß durch Italien hätte zum Eingreifen der englischen Flotte geführt, wie damals erklärt wurde. Die enge Freundschaft zur Türkei ist bekannt und wird sich leicht in Vertragsform bringen lassen, sobald die russisch-türkischen Besprechungen abgeschlossen sind. Rumäniens Lage wurde während der Londoner Besprechungen des Außenministers Căfencu und der anschließenden Verhandlungen in Paris dahingehend geklärt, daß die beiden Westmächte den Rumänen bewaffnete Hilfe gegen einen Angreifer bringen werden, ohne daß Rumänien zu einer Gegenleistung verpflichtet ist. Somit wendet sich nun die diplomatische Aufmerksamkeit den Verhandlungen der an Rußland grenzenden Staaten mit Moskau zu. Die Frage: fühlen sich diese Staaten unsicher, glauben sie, daß ihnen möglicherweise ein Angriff droht, ist wohl am klarsten durch diese Verhandlungen mit Rußland bejaht. Der zwischen Rumänien und Polen noch geltende Vertrag war als Schutz gegen einen Übergriff Rußlands gedacht — jetzt soll er so umgestaltet werden, daß er die wirksame Ergänzung des im Entstehen begriffenen Hilfsvertrags mit

Rußland bilden wird! Auch zwischen Großbritannien und Rußland waren alte Gegensätze zu beseitigen, bevor die nun praktisch als abgeschlossen geltende Vereinbarung völliger gegenseitiger Hilfsleistung im Fall eines Angriffs auf den anderen oder dessen Lebensinteressen getroffen wurde. Nachdem England den grundsätzlichen Wunsch hierzu ausgesprochen hatte, flog der russische Botschafter in London, Maisky, nach Moskau; er brachte am 29. April die Antwort Moskaus zurück. Sir William Seeds, der russischsprechende Botschafter Großbritanniens in Moskau, hat großen Anteil an diesen Verhandlungen gehabt. Auch der Besuch des britischen Handelsministers Hudson in Moskau, der nur teilweise Wirtschaftsverhandlungen galt, ist von großer Bedeutung gewesen. Moskau hatte seit München unter dem Eindruck gestanden, daß England ein deutsches Vorgehen gegen die Ukraine ruhig hinnehmen würde, ja ein solches Festrennen deutscher Kräfte in Osteuropa als „lachender Dritter“ erwarte. Dieses Mißtrauen gegenüber London ist überwunden worden; obwohl noch kein Vertrag unterzeichnet wurde, kann man von einer echten Verständigung zwischen London und Moskau sprechen. Rußland wird, sollte es zu einem Angriff auf Polen oder Rumänien kommen, beiden Staaten alles gewünschte Kriegsmaterial zur Verfügung stellen. Der Unterschied der Meinungen geht bereits nicht mehr darum, ob geholfen werden soll, sondern wie weit geholfen werden soll — wobei Rußland auf eine möglichst umfassende Frontbildung unter Einfluß möglichst vieler Staaten drängt. Jedenfalls betrachtet Rußland die baltischen Staaten genau so als „lebenswichtig“ wie Großbritannien das gleiche von Belgien und Holland erklärt. Wäre ein Angriff auf eines dieser Länder das gegenseitige Hilfsversprechen in Anwendung bringen. Alle diese Zusagen gehen, wie Eden betonte, noch über die früheren allgemeinen Zusagen unter der Völkerbundsflagge hinaus. Die Schweiz ist gleichfalls in diesen umspannenden Rahmen gegenseitiger Gebietsicherung eingeschlossen, da ein Angriff auf die Schweizer Neutralität ein Lebensinteresse Frankreichs gefährden würde; für diesen Fall ist Großbritannien schon durch die englisch-französische Bindung zur Hilfeleistung verpflichtet.

Der ursprüngliche Vorschlag Englands ging dahin, Rußland solle Polen und Rumänien eine Unterstützung durch Kriegsgerät, vielleicht auch Flugzeuge, für den Fall eines Angriffs zusichern. Rußlands Gegenvorschlag geht darüber weit hinaus: es wünscht ein festes Bündnis zu Dritt, mit England und Frankreich, das zur Anwendung gelangen soll, wenn ein Angriff auf Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien einerseits, oder auf Holland, Belgien, die Schweiz andererseits ausgeführt werden sollte. Großbritannien ist, wie Frankreich, zum Abschluß dieses umfassenden Hilfsvertrags bereit. Die Schwierigkeit, die hierbei noch zu überwinden ist, besteht darin, daß Polen bisher den russischen Truppen den Einmarsch auf polnisches Gebiet nicht gestatten wollte und auch Rumänien ähnliche Bedenken hatte — ohne dies aber erscheint eine russische Hilfsleistung kaum möglich zu sein. London erwartet, daß die letzten Bedenken Polens durch die Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrags, die Hitler am 28. April aussprach, aus dem Weg geräumt worden sind. Grundsätzlich erscheint somit die gemeinsame „Friedensfront“ gegen einen möglichen Angriff gesichert, und die Verhandlungen der nächsten Wochen werden sich nur noch um die schließliche Gestaltung der vielfachen Verträge drehen.

* * *

Während diese Neugestaltung Europas im Gang war, richtete der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am 15. April einen Aufruf an Hitler und Mussolini, durch eine Erklärung, daß keinerlei Angriff beabsichtigt sei, der ständig wachsenden Spannung in Europa ein Ende zu machen. Roosevelt bot seine Dienste als ehrlicher Makler an und schlug vor, man solle sich zusammensetzen, um über die unvereinigten Punkte, vor allem wirtschaftlicher Art, zu verhandeln. Großbritannien nahm diese Erklärung mit

Zustimmung auf und auch die überwiegende amerikanische Öffentlichkeit sah darin eine neue Hoffnung. Die sofort erhobene Kritik an Roosevelts Vorschlag lautete: „Gegenvorschläge lassen sich nur zwischen gleichberechtigten Parteien machen, die in einander Vertrauen setzen. Roosevelt flößt kein Vertrauen ein“, so schrieb Dr. Ganda in der „Giornale t'Italia“. Umgekehrt ist das Vertrauen der Westmächte in die autoritären Staatsmänner nicht größer — der Zerfall Europas in zwei Parteien, die zwei verschiedene und einander unverständliche Sprachen sprechen, scheint vollzogen. Die Antwort, die Hitler — wohl auch im Namen Mussolinis — gab, wurde in der Reichstagsitzung vom 28. April erteilt: er wies diese amerikanische Einmischung mit Hohn und Spott zurück. Vorher hatte die deutsche Reichsregierung einige der von Roosevelt aufgezählten Staaten, denen Deutschland und Italien ein Nichtangriffsversprechen geben sollten, darüber befragt, ob sie sich bedroht fühlten. Kein Staat bejahte diese Frage. Die von der Schweiz erteilte Antwort machte in London einen guten Eindruck: sie wurde als würdig und sachlich zutreffend empfunden, auch als politisch klug, da sie jede mögliche Verletzung von Gefühlen vermied. Die Sachlage in Europa, so heißt es in London, spricht eine deutlichere Sprache, als die notwendig ausweichenden Antworten der befragten Staaten: Polen hat seit März etwa eine Million Mann unter den Waffen; selbst Holland hat den Zustand drohender Kriegsgefahr erklärt...

Die wichtigste Folge der Denkschrift Roosevelts scheint nach Londoner Auffassung die zu sein, daß die öffentliche Meinung Amerikas sich der Auffassung der europäischen „Friedensfront“ um einen weiteren Schritt genähert hat. Zugleich hat Roosevelt die gesamte Flottenmacht Amerikas in den Stillen Ozean verlegt. Die englische Flotte würde daher bei europäischen Verwicklungen voll für die Aufgaben im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean zur Verfügung stehen, da sich Japan, sollte es die Gelegenheit zu einem Vorstoß benutzen wollen, der amerikanischen Flotte gegenüber sehen würde. Eine Folge dessen scheint zu sein, daß die deutsch-japanischen Bündnisverhandlungen zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt haben. Weiterhin sind die englisch-russischen Verhandlungen erleichtert worden, da Rußland die Ausdehnung des vorgesehenen Bündnisses auf den Fernen Osten nicht mehr zur Vorbedingung macht. „Die eigentlichen Ziele der (englisch-russischen) Verhandlungen sind in der europäischen Lage zu suchen. Ich schließe jedoch die Möglichkeit nicht aus, daß sie weiter ausgedehnt werden“, so sagte Lord Halifax noch am 19. April im Oberhaus. Seitdem ist der Ferne Osten, zunächst wenigstens, aus den Verhandlungen ausgeschieden worden. Die unmittelbare Aufgabe ist die Sicherung Europas.

* * *

Gleichzeitig kam die Nachricht von der Ernennung eines neuen britischen Botschafters in Washington für den zurücktretenden Lindsay: mit der Wahl Lord Lothians scheinen die amerikanisch-englischen Beziehungen, die sich lektthin schon so herzlich gestalteten, einer weiteren Vertiefung entgegenzugehen. Lothian kennt die Vereinigten Staaten genau so gut wie sein eigenes Land. Er ist ein Liberaler eigener Prägung — da er unter keine der Parteigruppen fällt, nennt man ihn wohl scherzhaft einen „Lothian-Liberalen“. Jedenfalls verbindet er mit einer tief liberalen Überzeugung, die auf Amerika ihren Eindruck machen wird, eine außergewöhnliche Kenntnis des britischen Weltreiches, für dessen Gestaltung er wesentliche Beiträge geliefert hat. Im vergangenen Herbst nahm er an der Reichstagung in Sidney teil.

* * *

Der Rede Hitlers vom 28. April wurde in amtlichen Londoner Kreisen verhältnismäßig wenig Bedeutung beigemessen, wenn sie auch einige Erkenntnisse vermittelte, die für die Öffentlichkeit neu waren. Einmal war die englische öffentliche

Meinung überrascht von dem Ton: Hohn und Spott angesichts der von jedem Einzelnen als unvergleichlich groß und lebenswichtig empfundenen Frage „Krieg oder Frieden?“ hatte kaum jemand erwartet. Unerwartet war auch die Enthüllung, daß nunmehr Danzig den eigentlichen Gefahrenherd abgeben wird. Für die Öffentlichkeit war noch Rumänien der eigentlich gefährdete Staat. Das mag zum Teil an dem Besuch Gasencus liegen, der natürlich den Hauptgegenstand der Pressestimmen ausmachte. Hinzu kam die weit beachtete Notiz des „Daily Telegraph“ vom 27. April, die — weil sie gelegentlich ungenau wiedergegeben wurde — hier verzeichnet werden muß: „Großes Rätselraten herrschte in einem tschechischen Dorf unmittelbar nach der militärischen Besetzung durch Deutschland. Es wurde durch einen gedruckten Aufruf an die Bevölkerung auf deutsch und in einer unbekannten Sprache verursacht. Schließlich wurde die geheimnisvolle Sprache von einem Sprachkenner als rumänisch erkannt. Der Aufruf wurde dann von den deutschen Militärbehörden hastig entfernt.“ Umso überraschender kam es für die englische Öffentlichkeit, daß Hitler auf Rumänien nur mit einem Satz einging und sich statt dessen Polen und Danzig zuwandte. „Danzig!“ erscheint, nach dem Urteil Londons, das durch die Hitlerrede ausgegebene Lösungswort zu sein. Nun endlich versteht auch der Mann auf der Straße, weshalb Polen seit dem März mobilisiert hat.

Die vom britischen Auswärtigen Amt nach der Rede ausgegebene Verlautbarung erklärte, daß Englands Hilfsversprechen an Polen — es wurde am 31. März erteilt — erst nach der von Hitler erwähnten Ablehnung seiner Vorschläge durch Polen ausgesprochen wurde. Jedenfalls scheint hier, in Danzig, der eigentliche Gefahrenherd zu liegen, an dem sich ein europäischer Krieg entzünden kann, der zu einem abermaligen Zusammenbruch unserer abendländischen Welt führen muß. Während die Reichstagsabgeordneten nach der offensichtlich als herzerfrischend empfundenen Abrechnung mit Roosevelt, bei der es genug zu lachen gab, nach Hause gingen, standen in London die Menschen zusammen und sagten sich: „Danzig, also Danzig“. Erfolgt ein Handstreich auf Danzig, gegen den Polen vorgeht, so ist Großbritannien, so sind alle die mit Großbritannien in der „Front gegen den Angreifer“ verbundenen Staaten zur bewaffneten Hilfe verpflichtet. Dessen ist sich jeder Engländer — und nicht nur jeder Engländer — seit dem 31. März bewußt. Hierbei muß wiederholt werden, daß es ausschließlich Sache des Staates ist, gegen dessen Lebensinteressen ein Angriff erfolgt, zu sagen, ob es sich um einen solchen Angriff handelt. Bejaht er diese Frage und verteidigt er sich mit Waffengewalt, so müssen die andern Staaten selbsttätig und ohne weiteres Hilfe leisten. London hatte gehofft, Hitler werde diese allen außerhalb Deutschlands und Italiens lebenden Völkern bekannte Tatsache nun auch dem deutschen und italienischen Volk bekannt geben.

Gegenüber der Danziger Frage und der Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes hat die Aufhebung des englisch-deutschen Flottenvertrags kaum Beachtung gefunden. Wohl wies man amtlich in London darauf hin, daß der Vertrag als „endgültig“ galt und keine Kündigung vorsah — praktisch jedoch erwartet man keine Kräfteverschiebung. Natürlich ist diese einseitige Aufhebung für viele Engländer der erneute Beweis, daß jegliche Vertragsverhandlungen mit Hitler zwecklos sind. Und die Regierung schließt sich dem insoweit an, als sie erklärt, daß die Kündigung kaum die richtige Aufforderung zu neuen Verhandlungen sei. Den Kernsatz, der den Unterschied der beiden Welten zeigt, erkennt man in folgender Feststellung: „Deutschland hat nie in der englischen Interessensphäre Schritte unternommen“, so heißt es in der deutschen Note, die am 28. April in London überreicht wurde, „und hat diese Interessen nie gestört“. London weist dem gegenüber darauf hin, daß es nicht angeht, Europa in „Interessensphären“ aufzuteilen. England bleibt nicht gleichgültig, wenn selbständige Staaten im

Osten und Südosten Europas ihrer Eigenstaatlichkeit beraubt oder in ihrer Souveränität mit Gewalt bedroht werden. Den Tschechen mag alle Achtung ihres Volkstums gewährt werden: der höchste Ausdruck dieses Volkstums, der eigene, souveräne Staat ist ihnen geraubt worden. Jeder weitere Versuch solcher Änderungen wird sowohl von dem unmittelbar betroffenen Staat wie von der durch Großbritannien geschaffenen „Friedensfront“ mit gleichen Mitteln, nämlich mit Waffengewalt, verhindert werden. Wenn es im Fall der Unterwerfung des tschechischen Staates zu keinem Kriege kam, so nur darum, weil die andere Seite diese schrittweise erfolgte Unterwerfung nicht voraussah, darauf nicht gewappnet war und einen Weltkrieg vermeiden wollte. Jeder weitere Versuch jedoch muß selbsttätig das Riesengebäude der „Front gegen einen Angreifer“ in Bewegung setzen.

Wer kann die Hand heben, um dieses namenlose Unglück, diese Massenvernichtung ohne „Sieger“ und „Besiegte“ auszulösen? Welche Verantwortung ruht auf den wenigen Männern, die an der Spitze der europäischen Völker stehen — welcher Maß an Verantwortung aber ruht auch auf jedem, der etwa in Danzig, dieser deutschen Stadt, durch Gewalt einen Umschwung herbeibringen möchte! Polen fürchtet, daß die Angliederung Danzigs an das Reich, das Sprungbrett für ein militärisches Aufrollen seines Zugangs zum Meer bieten würde. Anwendung von Gewalt muß zum Krieg führen. Niemand vermag einzusehen, warum nicht durch Verhandlungen eine Lösung gefunden werden kann, die beiden Seiten Gerechtigkeit wiederfahren läßt und für die sich der Einsatz eines Weltkrieges nicht „lohnt“.

Welche Verantwortung aber ruht auch auf jeder Zeitung und Zeitschrift. Dieser Londoner Brief soll einzig und allein sagen, was L o n d o n denkt, wie London die Lage sieht. Diese so selbstverständlich erscheinende Feststellung ist vielleicht doch notwendig „in einer Welt, in der alle Zeitschriften von Propagandaleuten durchgekämmt werden, um Mißtrauen und Haß zu säen“ (dies sagte der frühere Journalist und heutige Außenminister Gasencu während seines Londoner Aufenthalts).

* * *

Großbritannien ist bereit, so hat Lord Halifax am 19. April erklärt und so wurde am 29. wiederholt, dem Deutschen Reich das feierliche Versprechen abzugeben, daß keinerlei Angriffshandlung gegen das Reich geplant ist, daß vielmehr das Hilfsversprechen der „Friedensfront“ ausschließlich für den Fall eines Angriffs auf einen der teilnehmenden Staaten gilt. Bisher hat London als einzige Antwort den täglich in der deutschen Presse erhobenen Vorwurf der „Einkreisung“ Deutschlands und Italiens durch Großbritannien erhalten und die Drohung gehört, Deutschland werde dieser Einkreisung nicht müßig zusehen. Das heutige Deutschland kann sich nicht „jahrelang wie in der Vorkriegszeit eine Einkreisungspolitik gefallen lassen, ohne die nötigen Gegen Schritte zu tun“, erklärte Dr. Schäfer, der Hauptschriftleiter der „Kölnischen Zeitung“. In England sind diese Stimmen genau gehört worden — was bedeuten sie? Wir müssen abwarten. Die Lage stellt sich nach Chamberlains Worten unverändert so dar: „Ich möchte nicht den Eindruck erwecken“, sagte er, „daß ich einen Krieg für unmittelbar bevorstehend halte. Das tue ich nicht. Aber ich glaube, wir befinden uns in einer Lage, in der ein sehr geringer Anstoß nach der einen oder der anderen Seite darüber entscheiden kann, ob ein Krieg ausbricht oder nicht“.

L o n d o n, 29. April 1939.

F. W. P i c k.

April 1939 / Der Sturz Litwinow's.

Ein Drittel dieses Jahres 1939, dem man da und dort zu seinem Beginn den Charakter eines tragischen Jahres in der europäischen Geschichte zugesprochen, liegt hinter uns, und es läßt sich heute schon sagen, daß es auf dem besten Wege ist, düstere Prognosen zu erfüllen. Nicht daß wir, nach der logischen Folge der Dinge berechnet, heute bereits vor den Toren eines europäischen Krieges stünden — im Gegenteil: die Logik weist immer noch durchaus auf andere Schlüsse und zwar sowohl was die rein militärpolitischen Dinge betrifft, wie auch die wirtschafts- und finanzpolitischen Dinge — und dies trotz der Rede des deutschen Führers vom 28. April, die in ihrem Ton und in mancher Richtung — sogar für das Jahr 1939 — beachtlich war. Allein auch in dem vielleicht nicht nur durch ein 25jähriges Jubiläum dem laufenden Jahre parallelen Jahre 1914 hatte die Logik der Dinge keineswegs die Entfesselung des Weltkrieges zu jenem Zeitpunkt vorgeschrieben. Die Spannungen aber sind heute mindestens so stark, wie sie damals waren und oftmals scheint als einzige und letzte Hoffnung allein die aus natürlichen Gründen von Jahr zu Jahr verminderte Zuversicht, die sich darauf gründet, daß die Generation, die den Weltkrieg geführt hat, ein zweites Mal nicht ins Feld ziehen werde.

* . *

Wo stehen wir? Als wir die Feder das letzte Mal beiseite legten, hatte Chamberlain gerade noch das einseitige und provisorische Hilfsversprechen an Polen abgegeben und in seiner grundsätzlichen Erklärung vom 3. April die Umstellung der britischen Außenpolitik festgelegt — eine Schwendung, die zu den bedeutungsvollsten Geschehnissen in der jüngeren britischen Geschichte gehört.

Ganz dem vorausgesagten Charakter des Jahres 1939 entsprechend, ereignete sich inzwischen

- a) die Besetzung Albaniens am 7. April 1939;
- b) die Konstituierung des gegenseitigen britisch-polnischen Bündnisses und die britisch-französische Garantie für Rumänien und Griechenland, bis Mitte April;
- c) der Appell Roosevelts am 15. April 1939;
- d) die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England am 27. April 1939;
- e) die Rede Hitlers vom 28. April 1939.

Zweifelloß eine schöne Leistung innert vier Wochen!

* . *

Wo stehen wir? Man könnte sagen: mitten in der Entwicklung, die durch die Ereignisse des 15. März 1939 eingeleitet wurde, bzw. logischerweise eingeleitet werden mußte. Es ergab sich zu jenem Zeitpunkt, daß die Politik des Dritten Reiches die selbst gesetzten Schranken, die den Weg zum Imperialismus versperren, aus dem Wege räumte und von der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das seit dem Jahre 1933 das Axiom seiner Politik, vor allem in ihrer moralischen Fundierung nach Außen gewesen war, ab — und zu einer über das Völkische kühn hinwegschreitenden Expansionspolitik überging. Diese Feststellung allein erscheint uns heute entscheidend. Ihr gegenüber kann der Chronist es sich ruhig versagen, die einzelnen Argumente in die Diskussion zu ziehen, die Hitler in seiner Rede vom 28. April zur Rechtfertigung der Märzaktion angeführt hat und deren willkürlichstes zweifellos die Bestreitung einer Verletzung des Abkommens von München vom 30. September 1938 war.

Deutschland ist zur imperialistischen Politik zurückgekehrt, die vor ihm die westeuropäischen Staaten längst beschritten und die es selbst zuletzt unter den verbündeten Kaiserreichen der Hohenzollern und der Habsburger eingeschlagen hatte. Wie weit die

deutschen Ziele tatsächlich gesteckt sind, weiß heute niemand; „Mein Kampf“ allerdings gibt gewisse nicht unwesentliche Anhaltspunkte. Daß dazu der Kolonialanspruch gehört, erscheint sicher, wenn auch das Ausmaß dieses Anspruches nicht feststeht. Nach wie vor nämlich ist die Möglichkeit da, daß diese Ansprüche am Ende nicht ungern gegen näherliegenden „Lebensraum“ ausgehandelt werden sollten. Aber alles weitere besteht nicht die mindeste Klarheit.

Umso häufiger stellen sich nun in allerjüngster Zeit zwei Begriffe zur Begründung des deutschen Vorgehens ein, deren Abgrenzung wohl nicht ohne Absicht völlig offen steht: der „Lebensraum“ und daneben die begriffliche Expansionsbegründung mit der „tausendjährigen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich“. Was soll das? Es würde uns nicht wundern, wenn diese fantasiereichen Worte Herrn Mussolini seltsam in den Ohren klängen! (Nur Herrn Mussolini?)

* * *

Daß angesichts einer dermaßen eindeutig vorgenommenen Wendung sich auch die britische Politik zu einer Schwentung entschloß, kann eigentlich nicht als erstaunlich angesehen werden. Immerhin erscheint das Ausmaß dieser Schwentung recht bedeutend, und wahrscheinlich bedeutender, als man an bestimmten Orten angenommen hatte. Unser Mitarbeiter in London hat den Leser ausführlich über die Umstände und ihre Einzelheiten orientiert.

Daß die englische Reaktion mit „moralischen“ Gesichtspunkten in letzter Linie nichts zu tun hat, braucht wohl kaum besonders betont zu werden. England folgt bei seinem Eingreifen in den kontinentalen Raum nur dem seit der Zeit Napoleons feststehenden Grundsatz, keiner Macht das Übergewicht auf dem europäischen Kontinent zuzuerkennen. Aus diesem Grunde verbündete es sich vor dem Kriege mit Frankreich und Rußland gegen das Zweite Reich; aus demselben Grunde verhinderte es während der Friedenskonferenzen der Jahre 1918 bis 1920 die Durchsetzung der wesentlichen französischen Hegemonieansprüche bezüglich des Rheines, um in der folgenden Zeit der französischen Nachkriegspolitik mehr als einmal störend in den Weg zu treten. So versagte es Frankreich auch jede Unterstützung für die Zurückweisung der ersten Einbrüche in das Gefüge von Versailles der Jahre 1935 bis 1937 und sorgte so dafür, daß tatsächlich jede Reaktion unterblieb. Und schließlich erzwang in letzter Linie die Zurückhaltung Englands die Passivität Frankreichs und damit des tschechoslowakischen Staates im September 1938 und ermöglichte so die Angliederung der judetendeutschen Gebiete an das Reich ohne den aktiven Einsatz der Waffengewalt.

* * *

Gleichwohl war in England schon seit dem abessinischen Konflikt eine starke Strömung vorhanden, die eine unzuträgliche Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zu Gunsten der aufstrebenden Achsenmächte vorausah, wenn Großbritannien nicht eingreifen würde. Einer der bekanntesten Exponenten dieser Richtung war wohl der frühere Außenminister Eden. Nach der Angliederung Österreichs verstärkte sich der Einfluß dieser Kreise immer mehr, und die Agitation steigerte sich vollends nach dem Abschluß des Münchner Abkommens, leider in persöhnlich zugespitzter Weise gegen die Person des Premierministers Chamberlain.

Wir haben in der letzten Rundschau versucht, darzulegen, daß die Politik Chamberlains von seinen Gegnern oftmals recht falsch eingeschätzt worden ist. Zweifellos hat sich Chamberlain durch das von Vielen nicht verstandene Festhalten an der „Friedenspolitik“ selbst in Augenblicken, wo die britisch-französische Politik sich zunehmenden „Aspirationen“ verschiedener Herkunft und verschiedenen Charakters ausgesetzt sah, im Grunde nichts anderes als eine vortreffliche diplomatische Plattform für die Schwentung der britischen Politik ge-

schaffen, die wir in diesen Wochen und Tagen erleben: Chamberlain, „der Mann mit dem Regenschirm“, „der Mann des Friedens“, greift mit für englische Begriffe vor kurzem noch unvorstellbar radikalen Mitteln in die Kontinentalpolitik ein — territoriale Garantien, Bündnis mit Rußland und endlich die allgemeine Wehrpflicht. Die Spekulation war dabei: wenn sogar dieser Mann zu solchen Mitteln übergeht, dann muß die Kritik schweigen. Und sie hat geschwiegen! So ergibt sich, daß das diplomatische Manöver Chamberlains im Wesentlichen gelungen ist, indem er England ohne wesentliche Schwierigkeiten eine scheinbar aller Tradition widersprechende Schwenkung vornehmen ließ, und ohne daß — vor allem — hörbare Proteste aus den überseeischen Dominions eingegangen wären.

* * *

Auch die „Friedensbotschaft“ Roosevelts dürfte richtigerweise unter demselben Aspekt gewertet werden. Auch hier ist das „moralische“ Moment im Grunde völlig ohne Belang. Roosevelt und mit ihm, wie sich mehr und mehr ergibt, die maßgebenden Kreise, die auf die öffentliche Meinung von bestimmendem Einfluß sein können, stehen innerlich schon längst auf der Seite der Westmächte, und zwar zu einem guten Teil aus der Befürchtung, daß ein diplomatischer oder vollends ein kriegerischer Durchbruch der totalitären Mächte in Europa über kurz oder lang Rückwirkungen auf die japanische Position zeitigen müßte, durch die die Union nicht nur wirtschaftlich in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

So wurde der Appell Roosevelts in der Absicht unternommen, die diplomatische Position der Westmächte zu unterstützen und die der totalitären Mächte zu verschlechtern. Inwieweit es dabei noch gelang, etwa unmittelbar bevorstehende Aktionen der Achsenmächte zu verhindern, ist unbestimmt. Jedenfalls hat der Appell den psychologischen Zweck erreicht, der mit ihm beabsichtigt war: die Aktion Roosevelts wurde überall auf der Welt, auch in neutralen Gefilden, vom durchschnittlichen Zeitungsleser als vorwiegend moralisches Element angesehen und dementsprechend gewertet. Der Appell hat damit der psychologischen Position des Westblocks eine beträchtliche Verstärkung angeeignet lassen, womit, wie wir glauben, sein Ergebnis im Wesentlichen umschrieben wäre.

* * *

Teils unter diesem Eindruck, vor allem aber aus einer gewissen Sorge um die Erhaltung eigener Unabhängigkeit, die man schließlich nach der Annexion Böhmens und Mährens und dem Handstreich gegen Albanien nicht ohne weiteres als unbegründet bezeichnen kann, hat sich in den letzten Wochen das Garantiesystem beträchtlich erweitert. Einbezogen sind vorerst Rumänien und Griechenland. Rußland hat sich eng in die Westfront eingereiht und offensichtlich wird dort nur noch über gewisse Modalitäten verhandelt, deren Bestimmung in Erinnerung an gewisse Weltrevolutionspläne nicht unbedenklich sein mag — wie denn die Beiziehung Rußlands schon als solche Bedenken wecken muß. Auch die Türkei ist heute bereits der Westfront zuzuzählen.

Von ganz erheblicher Bedeutung aber ist die Haltung Polens. In diesem Falle geht die Bindung an die Westmächte weit über alles hinaus, was in den Bezirken des Balkans geschah. Die Gegenseitigkeit der Garantieverpflichtungen hat hier zu einem eigentlichen Militärbündnis geführt. Wie kam das?

Die offene Gegnerschaft Polens zum Reich, wie sie jetzt besteht, könnte diesem nur dann nicht zum Schaden oder Nachteil gereichen, wenn es sich insgeheim bereits des Einverständnisses Rußlands im Sinne einer neuen Teilung Polens versichert hätte; eine Kombination, die theoretisch durchaus im Bereich

der Möglichkeit liegen könnte! Allein es dürfte heute — und daran ändert auch die offensichtliche Schonung Rußlands in der Hitler'schen Reichstagsrede nichts — feststehen, daß das Reich sich die ausdrückliche Feindschaft des früheren Freundes Polen zugezogen hat, ohne vordem oder zugleich mit Rußland ins Reine zu kommen. Würde dies noch versucht — die Reichstagsrede könnte solche Schritte vermuten lassen —, so wäre es, inmitten der abschließenden Verhandlungen zur Wiederaufrichtung der kollektiven Sicherheit — reichlich spät dafür.

Ohne diese Rückendeckung aber kommt die Abdrängung Polens in die Front der Westmächte einer diplomatischen Schlappe des Reiches gleich. Es scheint denn auch, als habe die deutsche Politik nach der Errichtung des Protektorates Böhmen-Mähren in dem Polen berührenden Raum nicht mit viel Geschick operiert. Die an Polen gerichteten Forderungen auf Angliederung Danzigs an das Reich und auf Errichtung eines exterritorialen Korridors durch den Korridor erscheinen bei einem Blick auf die Karte für Polen zweifellos äußerst schwer tragbar, weil sie die einzige Schifffahrtsstraße, die Polen mit dem Baltischen Meer verbindet, unter die machtpolitische Kontrolle des Reiches bringen würden, woran auch die Errichtung eines Freihafens oder andere zollpolitische Konzessionen zu Gunsten Polens nichts ändern könnten. Außerdem hinge der zwischen dem exterritorialen deutschen Korridor und dem Meer liegende Abschnitt des polnischen Korridors faktisch in der Luft. Damit aber wäre in Zeiten der Spannung der Hafen von Gdingen praktisch ohne Verbindung mit dem Hinterland und so ohne Reserven für seine Verteidigung, weil die einzige Verbindung durch den deutschen Korridor unterbrochen, zum mindesten aber kontrolliert würde. Tatsächlich wäre demnach — bei Annahme des deutschen Vorschlages — die Verbindung des polnischen Gebietes mit dem Baltischen Meer und Gdingen ungünstiger als die Verbindung, die ohne Berücksichtigung der deutschen Propositionen heute zwischen dem Reich und Ostpreußen besteht! Denn das Reich verfügt bei allen Unzuträglichkeiten immerhin über den unbehinderten Seeweg, während Polen bei Annahme der deutschen Vorschläge jede unkontrollierte Verbindung hätte aufgeben müssen.

Wie weit die angebotene Grenzgarantie von 25 Jahren gegenüber dieser Sachlage ins Gewicht fallen konnte, ist schwer zu übersehen. Polen hat jedenfalls das deutsche Angebot abgelehnt und sich ohne Zögern in die Front der Westmächte eingereiht.

* * *

Unter dem Aspekt dieser Entwicklung, wie sie sich aus den verschiedenen Komponenten ergab, mußte die Rede Hitlers vom 28. April trotz einer teilweise unbestreitbaren historischen Fundierung und allen lauten und ironisch-trochigen Beiwerks einen in letzter Linie defensiven Charakter tragen. Tatsächlich schien sich dem Hörer dieser Eindruck von Anfang an aufzudrängen und vielleicht mag dazu auch der seltsam anmutende Klang der Stimme des Sprechenden zu Anfang der Rede beigetragen haben. Die deutsche Politik sieht sich sechs Wochen nach der Errichtung des wohl scheinbar größten machtpolitischen Erfolges der Nachkriegszeit — nämlich der Besetzung des Sessels von Böhmen — einer äußerst gefährlichen Koalition auf zwei Fronten gegenüber, die es zu vorsichtigem Manövrieren zwingen mußte.

* * *

Der Weg der Verhandlungen steht heute noch offen. Die Reichsführung weiß — trotz aller dirigierten Propaganda in Presse und Radio — ganz genau, daß die Westmächte an einen Angriffskrieg gegen Deutschland nicht denken und sich auch durch eine etwa übertriebene Halsstarrigkeit oder Großmannssucht Polens nicht in ein zu vermeidendes Abenteuer hineinreißen lassen werden.

So wären Verhandlungen heute die Lösung. Allein vergessen wir eines nicht: Hitler hat eine Forderung gestellt und ist damit abgewiesen worden. Er sieht sich der Möglichkeit ausgesetzt, eine beträchtliche Einbuße an Prestige zu erleiden. Und deshalb ist die Lage von der psychologischen Seite so äußerst gefährdet.

Zürich, den 3. Mai 1939.

Jann v. Sprecher.

P. S. Der Sturz Litwinow's kam in diesem Augenblick wohl für jedermann unerwartet. Aber die Gründe besteht noch keine Klarheit. Seltsam nur, daß Stalin seinen Minister mitten aus im Zuge befindlichen Verhandlungen herausgerissen hat. Allerdings ist zu sagen, daß diese Verhandlungen um einen Neuaufbau der kollektiven Sicherheit in den letzten Tagen nicht mehr vorwärts kommen wollten, weil die Russen sich ihren Einsatz teuer abkaufen lassen. Der Sturz des Ministers besagt wohl, daß diese Verhandlungen auf einer neuen, etwas weniger hypothetischen Grundlage neu aufgenommen werden.

Oder sollte tatsächlich eine Schwenkung der russischen Außenpolitik vorgenommen werden?

Deutschland ist in den letzten Tagen äußerst aktiv. Dies beweist neuerdings der Abschluß von Nichtangriffspakten mit Lettland und Estland. Die deutsche Gegenaktion gegen Chamberlain ist in vollem Zuge. Wird es ihr am Ende gelingen, die entscheidende Umwälzung der gesamten Ostprobleme zu Gunsten des Reiches zu verwirklichen?

5. Mai 1939.

S.

Wehrpolitische Rundschau

Am ersten Junisonntag haben die stimmberechtigten Schweizerbürger wieder einmal die seltene Gelegenheit, sich zu einer Militärvorlage aussprechen zu können: zum Verfassungsartikel über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Vorlage unterliegt dem obligatorischen Verfassungsreferendum; gegen eine bloße Gesetzesvorlage wäre zweifellos das fakultative Referendum nicht ergriffen worden. Die neuesten Veränderungen in der territorialen Gliederung des europäischen Südostens und die anhaltenden politischen Spannungen in diesem Gebiet und im Mittelmeerraum machen den weiteren Ausbau unserer Landesverteidigung zur gebieterischen Notwendigkeit. Die Vorlage, die bis zur Abstimmung bereits auf das unzeitgemäße Alter eines Jahres zurückblicken kann, ist sogar durch die Ereignisse bereits überholt. Um im planmäßigen Ausbau der Landesverteidigung keine Pause eintreten zu lassen, hat die Bundesversammlung dem Bundesrat schon im November und im Februar Voranschusskredite aus der großen Vorlage bewilligt, und kaum war die parlamentarische Beratung des Verfassungsartikels beendet, hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten wieder eine neue Kreditforderung von weiteren 190 Millionen Franken für die Landesverteidigung stellen müssen. Von den verschiedenen Aufrüstungsmaßnahmen, für die diese Kredite bestimmt sind, seien vor allem zwei hervorgehoben: die Errichtung von Befestigungen und der Bau strategischer Straßen. Das Programm der Grenzbefestigungen an allen Grenzen ist ergänzt worden und soll restlos zur Ausführung gelangen. Daneben wird aber auch an die Schaffung einer eigentlichen Landesbefestigung gedacht, an die Errichtung stark besetzter Stützpunkte in einer zweiten Linie, als Rückhalt der Feldarmee bei einem